

GEDENKSTÄTTEN

Kritik an Knabe

Stärker an die Kandare nehmen will der Stiftungsrat der Stasi-Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen unter Berlins Kultursenator Thomas Flierl (Linkspartei) den umstrittenen Direktor der Einrichtung, Hubertus Knabe. Im Auftrag des Stiftungsrats verhandelt die Kulturverwaltung mit Knabe über eine sogenannte Zielvereinbarung, da die Entwicklung der Gedenkstätte „zu einer den gesetzlichen Vorgaben entsprechenden Institution in den vergangenen Jahren nicht in dem erforderlichen Umfang vorangekommen“ sei. Künftig soll Knabe vierteljährlich Fortschrittsberichte vorlegen. Eine Evaluierungskommission hatte bereits im Frühjahr „gravierende Mängel“ an der Arbeit des Zeitzeugen-

büros der ehemaligen Stasi-Untersuchungshaftanstalt festgestellt. Für die Dauerausstellung der Gedenkstätte soll nach dem Willen des Stiftungsrats „federführend“ das „Haus der Geschichte“ in Bonn ein Gesamtkonzept erarbeiten. Knabe erklärte dazu, er teile die Kritik am Zeitzeugenbüro, das aber direkt dem Stiftungsratschef zugeordnet sei. Auch ihm liege an einer Zielvereinbarung.



Stasi-Gedenkstätten-Direktor Knabe

WERNER SCHLIERING

LIBERALE

FDP in die Produktion

Den deutschen Mittelstand will die FDP in diesem Herbst mit einer PR-Offensive umwerben. Parteichef Guido Westerwelle, Vize Rainer Brüderle und Generalsekretär Dirk Niebel wollen in



Westerwelle, Arbeitnehmer

bundesweit 25 ausgewählten Unternehmen zu Diskussionsrunden bitten, zu denen neben Managern auch Personal- und Betriebsräte eingeladen werden sollen. Die Organisatoren hoffen auf bis zu 200 Besucher pro Veranstaltung. Mit der Kampagne möchten die Freidemokraten deutlich machen, so Niebel, dass „liberale Politik nicht nur den Unternehmern, sondern auch den Beschäftigten nutzt“. Die FDP hat in den vergangenen Wochen nach eigenen Angaben einen wachsenden Zulauf von Selbständigen und Unternehmern registriert, die von der Politik der CDU/CSU in der Großen Koalition enttäuscht seien.

BUNDESHAUSHALT

Zu viel Geld für Zivis

Eine Kürzung des Zivildienstbudgets verlangt die „Zentralstelle für Recht und Schutz der Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen“ (Zentralstelle KDV), Interessenvertretung der „Zivis“. Die im Etat von Familienministerin Ursula von der Leyen (CDU) vorgesehenen 636 Millionen Euro müssten im Sinne der Wehrgerechtigkeit um 160 Millionen Euro reduziert werden, fordert KDV-Geschäftsführer Peter Tobiassen. Mit dem am Donnerstag in erster Lesung im Bundestag behandelten Haushaltsansatz für 2007 könnten, so Tobiassen, rund 88 200 junge Männer zum Ersatzdienst einberufen werden – zur Bundeswehr werden dagegen voraussichtlich nur 61 000 eingezogen, also rund ein Drittel weniger. Die Zentralstelle KDV will die Anzahl der Zivis daher auf ebenfalls 61 000 begrenzt sehen; im auslaufenden Zivildienstjahr leisteten rund 81 000 junge Männer Wehersatzdienst. Die zivildienstpolitische Sprecherin der FDP, Ina Lenke, kritisiert ebenfalls die Budgetpläne der Familienministerin. Die Personalausgaben seien zu hoch veranschlagt, denn die Zahl der möglichen Einberufungen könne gar nicht realisiert werden. „Da wird eine Sparkasse aufgemacht“, so Lenke. Wofür, will die Liberale in den Haushaltsberatungen nun herausfinden.